

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3164

der Abgeordneten Clemens Rostock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Thomas von Gizycki (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 7/8656

Umsetzung und Kontrolle des Schallschutzprogramms in der Flughafenregion

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Im Schallschutzprogramm am Flughafen Berlin-Brandenburg BER ist die Rechtsgrundlage der Planfeststellungsbeschluss (PFB). Hier ist die FBB GmbH als Vorhabenträgerin in der Pflicht. Anträge auf Schallschutz nach PFB werden daher auch an die FBB und nicht an das Land gerichtet. Die Bearbeitung erfolgt unter der Aufsicht der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde LuBB, die für den rechtmäßigen Vollzug des PFB zuständig ist.

Zu den Fakten: von den 26 500 Wohneinheiten, die laut PFB im sogenannten Tag- (14 750) und Nachtschutzgebiet (11 750) in der Flughafenregion liegen, haben bisher 22 571 Wohneinheiten (WE) Anträge auf Schallschutz¹ gestellt. Davon sind 21 823 mit einem Bescheid durch die FBB GmbH abgeschlossen worden - 13 142 WE haben einen sogenannten ASE-Bau und 7 589 eine ASE-Entschädigung erhalten. Mit der Antragsbearbeitung hat die FBB GmbH laut PFB ihre Pflicht und Schuldigkeit in Sachen Schallschutz getan.

Die komplette bauliche Umsetzung erfolgte im Tagschutzbereich bei 586 WE. In 1 583 WE ist eine bauliche Teilumsetzung erfolgt (aus der Präsentation der Schallschutzberatung des Landkreises Teltow-Fläming vom 10.10.2023).

1. Wie viel Personen sind bei der LuBB mit der Aufsicht über die Beantragung und Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen durch die FBB GmbH befasst?

zu Frage 1: Bei der LuBB sind im für Planfeststellungsangelegenheiten zuständigen Dezernat vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar mit dem BER befasst. Davon befassen sich zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem mit Fragen des Schallschutzes.

2. Werden alle eingehenden Schallschutzanträge auch durch die LuBB geprüft, wenn nicht alle, wie viele in etwa?

¹ <https://corporate.berlin-airport.de/content/dam/corporate/de/nachbarn/schallschutz/allgemeine-informationen/monatsberichte/2023-09-07-monatsbericht.pdf>

Abgerufen am 09.10.23

zu Frage 2: Die Erfüllung der Schallschutzaufgaben aus dem Planfeststellungsbeschluss obliegt der FBB. Die möglichen Berechtigten haben ihre Ansprüche aus dem Planfeststellungsbeschluss selbstständig gegenüber der FBB geltend zu machen. Die Schallschutzanträge sind von der FBB zu bearbeiten. Der Umfang der Schallschutzansprüche ist im jeweiligen Einzelfall im bilateralen Verhältnis zwischen Anspruchsberechtigten und FBB zu klären. Eine Übergabe von Unterlagen an die LuBB und dortige Prüfung der Antragsunterlagen ist im Regelablauf des Schallschutzprogramms nicht vorgesehen.

3. Was genau wird jeweils geprüft? Gibt es dafür ein Schema?

zu Frage 3: Die LuBB als Genehmigungs- und Planfeststellungsbehörde hat die Aufgabe, darauf zu achten, dass die FBB die ihr mit dem Planfeststellungsbeschluss auferlegten Schallschutzaufgaben erfüllt. Dabei legt die LuBB zwar ihr Augenmerk auf jeden konkreten Einzelfall des passiven Schallschutzes, der ihr zur Kenntnis gelangt. Es ist ihr aber nicht eröffnet, jeden Einzelfall zu regulieren. Wenn sich allerdings zeigt, dass die FBB die ihr obliegenden Aufgaben nicht erfüllt und dadurch deren Zielstellung systematisch verfehlt, wird die LuBB im Rahmen ihres Ermessens aufsichtsrechtlich tätig.

4. Wie viele Klageverfahren gegen die FBB GmbH gab es seitens der Anwohnenden über Maßnahmen zum Schallschutzprogramm? Wie hoch war die Erfolgsquote der gegen den Flughafen klagenden bisher?

zu Frage 4: Nach Angaben der FBB wurden bisher 61 Klageverfahren gegen die FBB angestrengt. Die FBB hat in 35 Verfahren obsiegt, in 2 weiteren Verfahren teilobsiegt und war in 6 Verfahren unterlegen. 5 Verfahren wurden durch Vergleich beendet. In 6 Fällen wurden die Klagen zurückgezogen. Derzeit sind 7 Verfahren offen.

5. Gibt es auch vor-Ort-Kontrollen, z. B. nach Beschwerden der betroffenen Antragsteller durch die LuBB?

zu Frage 5: Je nach Einzelfall und Kenntnis der LuBB werden zunächst Gespräche mit der FBB zum Sachverhalt und Sachstand geführt. Sollte zwischen der FBB und den Berechtigten keine Einigung erzielt werden, setzt sich die LuBB teilweise auch mit allen Beteiligten zusammen. Vor-Ort-Kontrollen finden dabei nicht statt.

6. Hat die LuBB eine Übersicht über den Umsetzungsgrad des baulichen Schallschutzes in den jeweiligen Gemeinden? Sind die baulichen Umsetzungen der Schallschutzmaßnahmen gleichmäßig über die Regionen verteilt, oder gibt es Häufungen z. B. an der Nordbahn im Unterschied zur Südbahn? Wenn ja, welche Unterschiede gibt es?

zu Frage 6: Die LuBB erhält von der FBB eine monatliche Übersicht über den Stand des Schallschutzprogramms. Diese Übersicht ist nicht nach den Umsetzungen in den einzelnen Gemeinden aufgeschlüsselt, sondern nach dem Bearbeitungsstand im Tagschutz- bzw. Nachtschutzgebiet. Die LuBB oder die FBB führen keine Statistik über den Umsetzungsgrad bestimmter Ortslagen.

7. Wie bewertet die Landesregierung den Umsetzungsstand des Schallschutzes am BER?

zu Frage 7: Während bei Entschädigungsansprüchen die Fälle in aller Regel zügig von der FBB abgeschlossen werden können, ist die bauliche Umsetzung von Schallschutzvorrichtungen trotz zwischenzeitlicher Inbetriebnahme der südlichen Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg auf einem relativ niedrigen Stand. Daraus lässt sich bislang keine systematische Verfehlung der FBB beim Vollzug der Schallschutzauflagen ableiten.

8. Wie soll das Schallschutzprogramm beendet werden? Wie wird sichergestellt, dass alle Anspruchsberechtigten noch in den Genuss des ihnen zustehenden Schallschutzes gelangen?

zu Frage 8: Für die Geltendmachung von Ansprüchen im Schallschutzprogramm gilt die im Planfeststellungsbeschluss festgesetzte Ausschlussfrist von 5 Jahren nach Inbetriebnahme der neuen Südbahn. Die FBB hat seit 2014 u.a. in fast 40 Informationsveranstaltungen vor Ort sowie seit 2016 bei jährlichen Schallschutztagen jeweils zusammen mit Baufirmen für die bauliche Umsetzung geworben und darauf hingewiesen, dass diese nicht hinausgezögert werden sollte. Aus der Anspruchsermittlung ist zudem ersichtlich, dass der ermittelte Aufwendungsersatzanspruch auf Marktpreisen zum Zeitpunkt der Anspruchsermittlung basiert.

Im Dezember 2022 hat die FBB zunächst alle Betroffenen, die bis dahin eine ASE-B erhalten hatten, aufgefordert, die Maßnahmen umzusetzen. Inzwischen erhalten darüber hinaus auch alle seit Ende Dezember 2022 neu versendeten Anspruchsermittlungen eine Frist von jeweils drei Jahren ab Versand der Anspruchsermittlung für die Einreichung der erforderlichen Nachweise der Umsetzung.

9. Wieviel Geld hat die FBB GmbH seit Beginn des Schallschutzprogramms insgesamt dafür ausgegeben? Bitte getrennt nach Entschädigung, baulicher Komplett- und baulicher Teilumsetzung für die jeweiligen Schutzgebiete ausweisen.

zu Frage 9: Nach Angaben der FBB beträgt der Mittelabfluss im Schallschutzprogramm BER zum September 2023 bei rd. 473 Mio. EUR. Davon wurden 70 Mio. EUR für bauliche Schallschutzmaßnahmen (ASE-B) und ca. 298 Mio. EUR für Entschädigungen (ASE-E) nach Teil II 5.1.7 Ziff. 2 der Planfeststellung aufgewendet. Die verbleibenden Mittel fließen in die Außenwohnbereichsentschädigung sowie in Baunebenkosten. Zu letzteren gehören insbesondere die Kosten der von der FBB mit der Anspruchsermittlung beauftragten Ingenieurbüros.

Die Entschädigungszahlungen sind vollständig in das Tagschutzgebiet geflossen, da die in Teil II 5.1.7 Ziff. 2 der Planfeststellung definierte Kappungsgrenze aufgrund der im Tagschutzgebiet sehr hohen Kosten nur hier zum Tragen kommt.

Im Tagschutzgebiet wurden rund 22 Mio. EUR für komplette bauliche Umsetzungen erstattet, für Teilumsetzungen waren es weitere 21 Mio. EUR. Im Nachtschutzgebiet fielen 3 Mio. EUR für Komplettumsetzungen und gut ca. 1 Mio. EUR für Teilumsetzungen an. Weitere 23 Mio. EUR fließen in den Schutz besonderer Einrichtungen.

10. Hat die anstehende Überprüfung der Flugverfahren eine Auswirkung auf das Fristende des Schallschutzprogramms? Wenn nicht, warum nicht?

zu Frage 10: Nach den Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses erfolgt bei geänderten An- und Abflugverfahren am Flughafen eine Neuausweisung der festgelegten Schutz- und Entschädigungsgebiete, wenn sich der energieäquivalente Dauerschallpegel an der äußeren Grenze des Schutzgebiets an den Schnittpunkten mit den An- und Abflugstrecken um mehr als 2 dB(A) ändert. Für neue Schallschutzansprüche beginnt die Frist zur Geltendmachung neu.